



Arnold Vaatz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Dresden II / Bautzen II
Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Arnold Vaatz, MdB · An der Kreuzkirche 6 · 01067 Dresden

Herrn
Reiko Beil
Initiative Dialog 2015
Österreichischer Straße 16
D-01279 Dresden

Berlin

Arnold Vaatz
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 74824
Fax: (030) 227 – 76582
E-Mail:
arnold.vaatz@bundestag.de
Homepage:
www.arnold-vaatz-mdb.de

Wahlkreis

Arnold Vaatz
An der Kreuzkirche 6
01067 Dresden
Tel: (0351) 213 598 42
Fax: (0351) 213 598 44
E-Mail:
arnold.vaatz@wk.bundestag.de

Dresden, 15. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Beil,

ich danke Ihnen für Ihre Gedanken und Vorschläge zu einer stärkeren Einbindung des Wahlvolkes in die politischen Entscheidungsprozesse der Bundesrepublik Deutschland. Das Verlangen der Bürger nach sachunmittelbarer Mitbestimmung kann ich sehr gut nachvollziehen. Auf kommunaler und Landesebene wird diese bereits angeboten und ist besonders in Bezug auf konkrete Projekte vor Ort ein effektives Mittel der Beteiligung und der Regierungskontrolle. Auch auf Bundesebene könnten plebiszitäre Instrumente die Gesetzgebung vereinfachen sowie die Demokratie in Deutschland stärken. Gleichzeitig hätten die Bürger die Möglichkeit auch während der Legislaturperiode politische Entscheidungen zu treffen. Entscheidend ist hierbei, dass die Initiative bei der stimmberechtigten Bevölkerung liegt und keine Abstimmungsfragen vorge setzt werden. Denkbar wären aus meiner Sicht Abstimmungen zu konkreten Sachfragen und Gewissensentscheidungen, beispielsweise zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), zur Eurorettung, Suizidbeihilfe oder gleichgeschlechtlichen Ehe.

Allerdings zeigte sich in zwei Fällen in Dresden, in die ich seit 1990 besonders involviert war (Bau der A 17, Bau der Waldschlößchenbrücke), dass ausgerechnet diejenigen, die sich im politischen Raum immer besonders vehement für Volksentscheide aussprechen, plötzlich mit großer Selbstverständlichkeit daran arbeiteten, die Umsetzung der Ergebnisse des Volksentscheids zu verhindern, weil die Abstimmung in beiden Fällen gegen sie ausgegangen war. Gerade bei der Waldschlößchenbrücke führte die jahrelange Verzögerung des Baus durch die politischen Gegner zu einem erheblichen Verdross der erfolgreich Abstimmenden in Bezug auf die Durchsetzung ihrer demokratischen Entscheidung. Ein anders gelagertes Beispiel ist die Entscheidung gegen die Überführung des Krankenhauseigenbetriebes in Dresden in eine GmbH mit städtischer Beteiligung. Entgegen der ökonomischen Vernunft und der allgemeinen Praxis in Sachsen wurde mit dem Stichwort Privatisierung Angst mache betrieben und eine komplexe Problemstellung auf eine einfache Frage verkürzt. Ergebnis: nur 37% Abstimmungsbeteiligung und Sieg der Populisten.

Deshalb müssen zunächst im Vorfeld einer solchen Reform einige Fragen geklärt werden. Da ein Referendum unabhängig von seiner genauen Ausgestaltung – für oder gegen ein Gesetz – zu einer Änderung der Gesetzeslage führt, müssen verfassungsrechtliche Grenzen eingehalten werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Schutz von Minderheiten genauso wie die Einhaltung internationaler Verträge. Ich stimme Ihnen zu, dass thematische Restriktionen notwendig sind. Wo genau die Grenze zu ziehen ist, muss noch diskutiert werden. Außerdem muss es möglich sein, dass für gefällte Entscheidungen bei Volksabstimmungen - auch kurzfristig - die Möglichkeit der Korrektur bestehen muss, wenn sich nachträglich herausstellt, dass zum Beispiel eine gesellschaftliche Gruppe gravierende Nachteile erlitten hat und sich Parlamentarier und Abstimmungsbevölkerung mehrheitlich einig sind, dass sie diesem nicht bedachten Umstand abhelfen wollen. Dabei ist zu klären, inwieweit dafür eine Bindungsfrist, wie zum Beispiel bei Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene, zielführend ist oder ob zusätzliche Regelungen notwendig werden.

Ich bitte Sie darum, in Rücksprache mit Herrn Professor Patzelt Vorschläge und Argumente für die konkrete Beteiligung von Bürgern mit Antworten auf die aufgeworfenen Fragen herauszuarbeiten. Ich bin gern bereit diese in meiner Fraktion zu diskutieren und um Unterstützung zu werben.

Mit freundlichem Gruß

